

Sammelsurium gegen die Krise

von

Heiner Flassbeck

Wirtschaft und Markt, Januar 2008

In diesen Tagen sind wieder viele große Ökonomen mit ihren Ratschlägen unterwegs. Erstaunlich ist aber immerhin, dass es weit mehr Stimmen als jemals zuvor in den letzten 30 Jahren gibt, die allen Ernstes groß angelegte Konjunkturprogramme gegen die Jahrhundertkrise empfehlen. Nur die Regierung scheint davon vollkommen unbeeindruckt. Sie tut exakt das, was sie in den letzten dreißig Jahren immer in solchen Situationen gemacht hat: Sie gibt bei der gesamten Beamenschaft aller Ministerien ein Konjunkturprogramm in Auftrag, bei dem sich jedes Fachressort einbringen darf, dass aber genau nichts kosten soll.

Was herauskommt ist auch immer das Gleiche seit 30 Jahren: Ein Sammelsurium von Maßnahmen, die dazu dienen sollen, eine bestimmte Investitionssumme, sagen wir 50 Milliarden, „anzuregen“. Das „milliardenschwere“ Kreditprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau etwa fehlte in keinem der vielen 20 - 40 - oder 90 - Punkte Programmen, mit denen uns schon Kanzler Kohl und Schröder alle paar Jahre weismachen wollte, jetzt würde man die Konjunktur anregen.

Wer tatsächlich glaubt, dass man etwas gegen die Krise tun muss, der muss sofort den europäischen Stabilitätspakt und seine unsinnige Knebelung der Finanzpolitik offensiv und massiv in Frage zu stellen. Er muss auch eine weit offensivere Politik der europäischen Zentralbank einfordern. Das Missverständnis, das schon Schröders Agenda durchgezogen hat und weiterhin alles Denken blockiert, ist der kindliche Glaube, es gebe zu den klassischen die Konjunktur anregenden Maßnahmen Zinssenkung und staatliche Defizitpolitik irgendeine ernsthafte Alternative. Jegliches Sammelsurium von Angebotspetitessen und das Spielgeld der Kreditanstalt für Wiederaufbau verpuffen aber in jeglicher Kombination und in jeglicher politischen Konstellation.

Nur wenn der Staat neue Kredite aufnimmt, also die vorhandenen Ersparnisse der privaten Haushalte nutzt, um selbst zu investieren, oder das Einkommen anderer zu erhöhen, können die Gewinne der Unternehmen wirklich steigen, kann Neues geschehen, kann sich die Volkswirtschaft aus der Rezession lösen. Das mag man Strohfeuer nennen, weil es natürlich nur für eine Zeit wirkt, wenn sich die Unternehmen durch die Verbesserung ihrer Situation nicht selbst zu neuer Kreditaufnahme anregen lassen. Ohne dieses Strohfeuer am Anfang gibt es aber gar kein Feuer, keine Wärme und kein Entkommen aus der Kälte der Rezession.

Das beste Argument gegen Konjunkturprogramme hat der Finanzminister, der meint, man könne nicht gegen eine solche weltweite Krise „anfinanzieren“. Da sieht man so richtig den Tsunami vor sich, wie er über die Küste hereinbricht und da steht der kleine Finanzminister, der mit seinem kleinen Wassereimer versucht, die großen Fluten ins Meer zurückzuschöpfen. Nein, dann lieber gleich ersaufen, als sich das anzutun.

Beeindruckend, wengleich von einem anderen Kindheitserlebnis als das des Finanzministers geprägt, ist auch das Argument des Kanzlerkandidaten der SPD, der meint, man müsste sein Pulver noch ein bisschen trocken halten. Man fragt sich, aus welcher ökonomischen Theorie

dieser originelle Gedanke geschöpft wurde? Welchem Gegner will er mit seinem trockenen Pulver den letzten, den finalen Schuss sozusagen versetzen? Ist es ein Elefantenbulle im afrikanischen Busch, ein Krokodil in Australien oder ein Wildschwein bei Castrop-Rauxel? Wie und mit welchem Pulver aber schießt der Staat auf eine daniederliegende oder abstürzende Konjunktur?

Den Vogel abgeschossen hat aber die Kanzlerin, die von einer schwäbischen Hausfrau erfahren hat, dass die Ursache der Krise einzig und allein das dauerhafte amerikanische Über-die-Verhältnisse-leben ist. In der Tat, der Satz „Man darf nicht mehr ausgeben, als man einnimmt“ ist seit Jahren das oberste moralische Gesetz, das die deutsche Politik regiert. Leider aber gerät diese Moral immer wieder mit der Logik aneinander und die Politik muss entscheiden, wem sie mehr glaubt.

Schauen wir etwa die Welt als Ganzes an, ist der Satz leider von vorneherein unsinnig, weil er dann lauten muss: Man kann nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Da der von Menschen besiedelten Welt niemand Geld leihen kann, ist sie immer auf ihre Verhältnisse zurückgeworfen. Immerhin kann ein Volk auf Kosten anderer leben, wie die USA, die große Leistungsbilanzdefizite haben. Niemand kann aber über seinen Verhältnissen leben, wenn nicht ein andere unter seinen Verhältnissen lebt – und umgekehrt. Deutschland tut genau das. Es exportiert per Saldo riesige Summen von Kapital in den Rest der Welt, insbesondere in die USA und viele Entwicklungsländer, weil es im Handel mit diesen Ländern riesige Überschüsse erzielt, also mehr einnimmt als es ausgibt. Wo ist da die Moral und wo ist das Recht?

Auf den Weltmärkten waren amerikanische Anbieter in den letzten Jahren mit Unternehmen aus Lohndumpingländern wie Deutschland oder den Niederlanden und aus Ländern mit unterbewerteter Währung wie Japan, der Schweiz sowie China und anderen Schwellenländern konfrontiert, die nach ihren jeweiligen Finanzkrisen an einer Unterbewertung festgehalten haben, weil ihnen die Weltgemeinschaft keine funktionierende Währungsordnung angeboten hat. Das Problem der USA liegt vor allem darin, dass die "Ersparnis" einiger wichtiger Gläubigerländer, darunter vor allem Deutschland, auf gesamtwirtschaftlichem Gürtel-enger-Schnallen beruht, d.h., Ergebnis einer durch Lohndumping verursachten Umverteilung von Weltmarktanteilen ist. In einer solchen Konstellation haben Defizitländer keine guten Aussichten, ihre Schulden seriös zu begleichen.

Nein, nein, mögen die Politiker reden, was sie wollen, alles, was wir wissen deutet darauf hin, dass man schnell und mit großen kreditfinanzierten Summen handeln muss, wenn man das Schlimmste, eine lange und tiefe Depression der Weltwirtschaft verhindern will.